

Resolution: Ja zur Medienförderung. Aber richtig – und rasch!

Stellungnahme des Verbands der Schweizer Journalist:innen zum
Positionspapier der EMEK «Zukunft der Schweizer Medienförderung» vom 10. Januar 2023

Ja zur Förderung von Presserat und Journafonds

Der Verband **impressum**, die Schweizer Journalist:innen, befürwortet die Medienförderung grundsätzlich. Sie darf die Medien nicht in eine Abhängigkeit vom Staat bringen und sie muss der Medienfreiheit und dem Recht der Öffentlichkeit auf Informationsfreiheit dienen. Die Förderung der Qualität, der Medienvielfalt und der Fachkompetenz der Journalistinnen und Journalisten sind dabei prioritär. (Medienpolitisches Engagement der Journalistinnen und Journalisten von **impressum**, siehe www.impressum.ch)

impressum begrüsst darum das Bekenntnis der EMEK zur Medienförderung und damit auch ihre Feststellung: **«Journalistische Medien sind demokratierelevant.»** Und **impressum** ist einverstanden mit der Kritik am Abbau von journalistischem Personal durch Verlage und mit der Folgerung, dass dies die Information der Bevölkerung beeinträchtigt.

Die Förderung des **«Schweizer Presserats»**, den **impressum** gegründet hat, unter Wahrung seiner Unabhängigkeit, dient der Relevanz und Glaubwürdigkeit des Journalismus. Auch unbestrittene Förderungen etwa der **Berufsbildung** oder einer nicht-gewinnorientierten **Agentur** betrachtet **impressum** als sinnvoll. Namentlich die Unterstützung eines Recherehfonds ist zukunftsweisend, wobei der von **impressum** mitbegründete **«Journafonds»** beim Namen genannt sein sollte.

Neue Beträge sind nötig – nicht nur ein neues System

impressum begrüsst, dass auch journalistische Medien weiterhin gefördert werden sollen, und dass Investitionen in journalistische Arbeitsplätze sowie das Bekenntnis zum Presserat und zur **«Erklärung der Pflichten und Rechte** der Journalistinnen und Journalisten» als Bedingungen genannt werden. **impressum** erinnert daran, dass das **Recht auf einen Kollektivvertrag** über Arbeitsbedingungen ebenso zu dieser Erklärung gehört wie die der Verantwortung **angemessene Entschädigung** (Ziff. f. und g.). **Medienförderung muss an diese Bedingungen geknüpft sein.**

Eine Position zur «Zukunft der Schweizer Medienförderung» hilft zudem nicht weiter, wenn keine Beträge genannt werden. Die heutigen Fördermassnahmen neben dem «Service Public» umfassen rund 180 Millionen Franken einschliesslich Steuerrabatte. Den privaten Medien fehlen aus dem gewandelten Werbemarkt aber mehrere Milliarden Franken für die journalistische Produktion. Zum Vergleich bringt die Haushaltsabgabe 1'370 Millionen Franken pro Jahr ein und finanziert den medialen Service Public. Die Grössenordnungen zeigen: Eine reine (technologieneutrale) Umverteilung der heutigen Förderung wird die demokratierelevante Vielfalt privater Medien kaum retten.

Relevante Förderbeträge gefordert. Bevor es zu spät ist!

impressum fordert, dass die EMEK und das UVEK sowie das BAKOM im politischen Prozess eine Medienförderung unterstützen, die sowohl hinsichtlich der Vergabekriterien als auch **hinsichtlich des Umfangs ein echtes Potential** aufweist, die Vielfalt und Unabhängigkeit der journalistischen Information auf nationaler und regionaler Ebene nachhaltig zu garantieren. Sie muss **rasch umsetzbar** sein und die Medienvielfalt und -qualität stützen, bevor weitere Arbeitsplätze abgebaut werden und dadurch journalistisches Fachwissen und Ressourcen verloren gehen, und bevor weitere Titel und Redaktionen geschlossen werden.

Einstimmig beschlossen am Forum der Präsidentinnen und Präsidenten von **impressum**,
10. Februar 2023. Das Co-Präsidium von **impressum**,

Franca Siegfried

Edgar Bloch